Abend-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 562 | Dienstag, 29. November 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Zeilenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Erneute Fühlungnahme mit Hitler

Schleicher versucht noch einmal die Einigung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 29. Nov. Reichswehrminister v. Schleicher hatte, wie bereits gemeldet, für Dienstagvormittag eine Aussprache mit Gregor Straßer und Dr. Frick angesetzt. Diese Aussprache ist bisher nicht zustande gekommen, denn Frick und Straßer ließen den Reichswehrminister wissen, sie seien zu Verhandlungen nicht autorisiert, und gaben ihm anheim, sich mit Hitler selbst in Verbindung zu setzen.

Nun sind von anderer Seite Bemühungen im Gange, nochmals eine Besprechung Schleicher—Hitler herbeizuführen.

Ueber den Erfolg dieser Bemühungen, die, wie vom Reichswehrministerium unterstrichen wird, nicht von Schleicher ausgehen, lagen in den frühen Nachmittagsstunden authentische Mitteilungen noch nicht vor. Gerüchtweise verlautet lediglich, daß Hitler bereits auf dem Wege nach Berlin sei. Daß eine solche Unterredung doch noch vielleicht zustande kommt, kann aus dem Umstande geschlossen werden, daß an zuständiger Stelle eine abermalige Verschiebung der Entscheidung bis spätestens morgen vormittag mitgeteilt wird. Daraus wird vielfach geschlossen, daß entweder in den heutigen Abendstunden oder aber am Mittwochvormittag eine Besprechung Hitler—Schleicher zu erwarten ist.

Kommt es dabei nicht zu einer Einigung, so wird Schleicher seinen Sondierungsauftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückgeben und auf weitere Bemühungen in der von Hindenburg gewünschten Richtung verzichten.

In diesem Falle kann mit Sicherheit mit der Wiederbetrauung Papens zum Reichskanzler gerechnet werden. Es würde dann das bereits verschiedentlich geschilderte Kampfkabinett Papen kommen, dessen erste Aktion in einer Vertagung des Reichstages bis zum Frühjahr bestehen würde. Das würde aber, wie ebenfalls bereits angedeutet, den Verfassungskonflikt mit sich bringen. Der Reichstag würde dann sicher vor dem Staatsgerichtshof gegen das Reich klagen. Vielleicht wäre es aber denkbar, daß sich in einem solchen Falle dann der Staatsgerichtshof für unzuständig erklärt, zumal beim Preußenkonflikt schon so schlechte Erfahrungen mit politischen Urteilssprüchen gemacht worden sind. Sollte es nun zum Konflikt kommen, so würde wohl der Reichspräsident sich unmittelbar an das deutsche Volk, sei es in einer Proklamation, sei es in einer Rundfunkansprache, wenden, seine Maßnahmen begründen und das gesamte Volk um Unterstützung der Regierungspläne für den kommenden schweren Winter bitten.

Der „Völkische Beobachter" gegen Schleicher

München, 29. Nov. Im „Völkischen Beobachter" wendet sich Alfred Rosenberg gegen den Plan eines Kabinetts Schleicher. Die NSDAP. werde, so führt er aus, ein Kabinett des Generals von Schleicher ebensowenig tolerieren, wie das Kabinett von Papen. Die NSDAP. protestiere angesichts ihres vierzehnjährigen Kampfes um Deutschlands Wiedergeburt, „daß ihre Opfer, die Leistung ihres Führers, heute wieder im Sinne einer verhängnisvollen Kabinettspolitik verfälscht werden sollen, wie einst der Aufbruch der Nation 1813 durch die Metterniche."

Keine Koalitionsgespräche in Preußen

Köln, 29. Nov. Der „Westdeutsche Beobachter" teilt mit, daß Landtagspräsident Kerrl ihn zu der Erklärung ermächtigt habe, daß die aus der Tatsache einer Besprechung zwischen ihm und Mitgliedern des Zentrums in der Oeffentlichkeit gezogenen Schlußfolgerungen in keiner Weise den Tatsachen entsprächen und die Behauptungen über die Verhandlungen wegen der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten frei erfunden seien. Die Besprechungen hätten lediglich der Erledigung laufender Arbeiten des Preußischen Landtages gedient, politische Bedeutung käme ihnen in keiner Weise zu.

Die Antworten in der Schuldenfrage

Meinungsverschiedenheiten in London

London, 29. Nov. Verschiedentlich wird in der Morgenpresse angedeutet, daß über die britische Haltung im Falle einer Ablehnung des Zahlungsaufschubs Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Gouverneur der Bank von England und dem Schatzamt bestehen und daß diese Meinungsverschiedenheiten auch im Kabinett zum Ausdruck kommen. Der Bankgouverneur sei der Meinung, daß ein Zahlungsverzug eine Katastrophe für den britischen Kredit bedeuten würde, während das Schatzamt von einer sofortigen Zahlung die schlimmsten Folgen für die Finanz- und Wirtschaftslage des Landes erwarte. Ein Blatt berichtet, daß der britische Botschafter in Paris gestern spät abends in London eingetroffen sei und heute im Auswärtigen Amt vorsprechen werde. Das Blatt hält es für sicher, daß dieser unerwartete Besuch mit der Kriegsschuldenfrage zusammenhänge.

Die Antwortnote, die die französische Regierung gegenwärtig auf die amerikanische Note in der Schuldenfrage vorbereitet, wird, wie „Petit Parisien" ankündigt,

weder eine Annahme noch eine Verweigerung des Fälligkeitstermins vom 15. Dezember

enthalten. Die endgültige Entscheidung über ihre Stellungnahme werde die französische Regierung erst nach der Antwort der amerikanischen Regierung auf die neue Note treffen. Somit gewinne Herriot eine gewisse Frist und werde nicht nötig haben, wie man zuerst geglaubt habe, die Vertagung der für kommenden Freitag in Genf vorgesehenen Fünferkonferenz zu fordern.

„Daily Telegraph" zufolge sind gestern die Versicherungsgesellschaften von Lloyds in Kenntnis gesetzt worden, daß möglicherweise Goldverschiffungen von London nach Neuyork bevorständen. Es würde sich um drei Millionen Pfund Sterling handeln, die auf dem britischen Dampfer „Majestic" und auf dem französischen Dampfer „Paris" verschifft würden.

Eine unverständliche Rundfunkrede

London, 29. Nov. Der amerikanische Senator Harrison, der Vorsitzender des Finanzausschusses des neuen amerikanischen Kongresses sein wird, nahm in einer Rundfunkrede zur Schuldenfrage Stellung. Der folgende Teil der Rede wurde von der demokratischen Partei auch in Form eines Rundfunkschreibens herausgegeben: Bei einer völligen Schuldenstreichung sei zu berücksichtigen,

daß die gesamten Schulden von Amerika, England, Frankreich, Deutschland und Italien sich auf etwa 65 Milliarden stellten.

Wenn man hiervon die Vorkriegsschulden abziehe, so verblieben etwa 54 Milliarden Schulden aus der Kriegs- und Nachkriegszeit. Deutschlands Anteil daran betrage etwa 1 v. H., während für Frankreich 8 v. H., für Italien 2 v. H., für Amerika 39 v. H. und für England 50 v. H. verblieben. Das Ergebnis sei im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der einzelnen Länder phantastisch. Deutschland würde — weil fast schuldenfrei — einer der hauptsächlichsten Konkurrenten in der Welt sein (?), und man müßte auch mit Frankreich und Italien rechnen. Die amerikanische Regierung habe die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die amerikanische Jugend nicht zum Sklaven auf der wirtschaftlichen Galeere gemacht werde. Harrison forderte dann, daß die Möglichkeit untersucht werden solle, die englischen Zahlungen in gewissen Rohstoffen, wie Gummi usw., zu leisten, bevor man eine Schuldenstreichung genehmige. Es werde schwer sein, das amerikanische Volk davon zu überzeugen, daß es bei Goldzahlungen besser daran sein.

Die Rundfunkrede Harrisons hat in Berliner politischen Kreisen starke Verwunderung erregt. Wenn Senator Harrison davon spricht, daß bei einer Verteilung der Erbschaft des Krieges, d. h. einer Last von 54 Milliarden Dollar, Deutschland mit einem Prozent davonkommen und damit frei von Schulden im Konkurrenzkampf der Welt an erster Stelle stehen würde, so kann demgegenüber nur mit Nachdruck darauf hingewiesen werden,

daß Deutschland auf keinen Fall in Zukunft frei von Schulden sein wird.

Vielleicht könnte man davon im Hinblick auf die politischen Schulden sprechen. Aber auch bei diesen muß beachtet werden, daß, wie es der Baseler Sachverständigenbericht vor einem Jahr ausdrücklich festgestellt hat, ein erheblicher Teil der privaten Auslandsverschuldung, nämlich über 10 Milliarden Mark, in Form von Reparationszahlungen wieder an das Ausland zurückgeflossen ist, also in den privaten Schulden eine indirekte politische Verschuldung enthalten ist. Dazu kommen noch die Verpflichtungen aus dem Lausanner Abkommen. Es bleibt unerfindlich, wie man bei der allgemein anerkannten Schwäche unserer wirtschaftlichen Lage behaupten kann, daß wir im Wettkampf der Welt mit Amerika uns messen könnten.

Mißtrauensvotum gegen Macdonald abgelehnt

London, 29. November. Das Unterhaus beendete am Montagabend die Aussprache über die Thronrede des Königs. Der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung wurde mit 431 gegen 80 Stimmen abgelehnt und die Entschließung zur Antwortadresse an den König angenommen.

Polen umwirbt die Randstaaten

Berlin, 29. Nov. Wie aus politischen Kreisen Lettlands und Estlands verlautet, hat die polnische Regierung ihre Regsamkeit in Riga und Reval in den letzten Wochen bedeutend verstärkt. Bekanntlich besteht zwischen den Generalstäben dieser beiden Staaten und Warschau eine enge Fühlungnahme, die, wie es heißt, durch ein Geheimabkommen untermauert sein soll. Die Begründung der starken Betätigung Polens im Baltikum wird in Riga und Reval darin gesehen, daß einerseits die Frage der deutschen Ostgrenze immer mehr in den Vordergrund des politischen Interesses tritt, und andererseits sich Rumänien aus der Stellung als linke Flügeldeckung Polens loszulösen beginnt. In diesem Zusammenhang soll auch die Versetzung des bisherigen polnischen Gesandten in Riga stehen, der als hervorragender Diplomat gilt und nun nach Bukarest gehen soll. Das Streben Polens in Reval und Riga richtet sich nach Ansicht lettländischer und estländischer Politiker darauf,

das Verhältnis dieser Staaten zu Polen enger zu gestalten, um die rechte Flankendeckung trotz des Abschlusses des Warschauer Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion mehr als bisher auszubauen.

In diesem Zusammenhang ist von Interesse, daß Polen auch nach Litauen starke Fäden zu spinnen versucht, ohne bisher allerdings Gegenliebe zu finden. Eine Unterstützung erfährt die polnische Politik in den baltischen Staaten durch Frankreich, das die gegenwärtige Verstimmung dieser Staaten gegen Deutschland wegen der Butter- und Fleischfrage für sich auszunutzen versucht und eine starke Propaganda betreibt. In vielen politischen Kreisen ist man allerdings der Meinung, daß die baltischen Staaten bei einer Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse mehr von Deutschland als von dem wirtschaftlich die gleichen Exportinteressen wie sie vertretenden polnischen Staat haben. Auf die Dauer könne auch die Eigenstaatlichkeit der drei baltischen Staaten nur durch ein gutes Verhältnis zu Deutschland wie zur Sowjetunion gesichert werden, da die polnische Expansionspolitik eine Gefahr darstellt, über die man sich besonders im Baltikum klar sein müßte.

Ueberfall auf eine Raiffeisenkasse

Memel, 29. Nov. In der Nacht zum Dienstag drangen Räuber in das Haus des Kaufmanns und Gastwirts Genies in Piktupönen ein. Wahrscheinlich hatten sie es auf die dort untergebrachte Raiffeisenkasse abgesehen. Frau Genies, die von dem Geräusch erwacht war, wurde von den Verbrechern durch einen Schuß in den Kehlkopf getötet. Ihr 20jähriger Sohn und ihr Mann, die sich den Einbrechern entgegenstellten, wurden gleichfalls niedergeschossen. Genies wurde durch einen Steckschuß in den Arm verwundet. Der Sohn brach, von mehreren Kugeln getroffen, tot zusammen. Die Verbrecher flüchteten, bevor die Polizei erschien. Mehrere verdächtige Personen wurden bereits in Haft genommen. Die Tochter Genies' gibt an, daß die Täter litauisch gesprochen hätten. Es wird unter diesen Umständen mit Sicherheit angenommen, daß es sich wieder um Verbrecher von jenseits der litauischen Grenze handelt. Es wäre dies dann die fünfte Mordtat, die litauisches Gesindel im Memelgebiet verübt hätte.

Sinowjew gestorben

Moskau, 29. Nov. Der ehemalige Vorsitzende des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, Sinowjew, ist im Alter von 49 Jahren gestorben. Wie es heißt, ist er einem Herzleiden erlegen.

Sinowjew war einer der nächsten Mitarbeiter Lenins, mit dem zusammen er 1917 nach Rußland zurückkehrte. Er ist 1883 geboren und stand seit 1901 in der kommunistischen Bewegung. Er war Mitorganisator des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, deren Vorsitzender er bis 1926 war. Nach dem Umsturz in Rußland hat er sich auch verschiedentlich in Deutschland aufgehalten. Nachdem er 1926 in die Opposition getreten und aus dem Politbüro ausgeschlossen worden war, legte er den Vorsitz der kommunistischen Internationale nieder und trat zeitweilig politisch zurück. In der letzten Zeit arbeitete er in der Zentrale des Genossenschaftswesens.

Gesandter Dr. Frank bleibt in Berlin

Berlin, 29. November. Der frühere österreichische Gesandte Dr. Felix Frank ist in den Vorstand der Deutschen Bau- und Wohnkreditbank und kürzlich auch in den Aufsichtsrat der Lingner-Werke eingetreten. Dr. Frank, der seinen Gesandtenposten offiziell am 1. Dezember verläßt, bleibt in Berlin. Er wird nur während des Dezembers einen kurzen Erholungsurlaub nach Oesterreich nehmen und im Januar endgültig nach Berlin zurückkehren.

Entgegen den ursprünglichen Dispositionen bleibt übrigens Dr. Wasserbäck, der langjährige Pressechef der österreichischen Gesandtschaft, auf seinem Berliner Posten.

Reichsminister Dietrich wird Rechtsanwalt

Berlin, 29. Nov. Der frühere Reichsfinanzminister Dietrich hat sich jetzt in Berlin als Rechtsanwalt niedergelassen und ist in dieser Eigenschaft bei den drei Berliner Landgerichten zugelassen worden. Ebenso hat der frühere Berliner Polizeivizepräsident Weiß seine Zulassung als Rechtsanwalt in Berlin beantragt.

SLUB
Wir führen Wissen.